Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 3. März 1921 · Nummer 104 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4821

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Alliierten über die deutschen Vorschläge

London, 2. März.

Reuter erhält folgende autoritative Analyse der Ansicht der Alliierten über die deutschen Vorschläge: Der von den Alliierten in Paris für die Bezahlung der Reparation durch Deutschland vorbereitete Plan **erläßt** Deutschland zugestandenermaßen einen erheblichen Teil der Summe, die es auf Grund des Versailler Vertrages zu bezahlen hätte.

Die deutsche Regierung gibt ihre Antwort auf den Pariser Plan, und zwar unter vier Bedingungen: 1. daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt, 2. daß die Beschränkungen der Handelsbeziehungen beseitigt werden, 3. daß die deutsche Regierung von allen weiteren Zahlungen oder Lieferungsverpflichtungen auf Grund des Versailler Vertrages befreit wird, 4. daß die Alliierten auf ihre Rechte nach dem Friedensvertrag auf Liquidation deutschen Privateigentums verzichten. Reuter fährt fort:

Dieser Vorschlag verdient weder eine Prüfung noch eine Diskussion.

Um seinen wahren Charakter zu zeigen, braucht man nur auf folgende Punkte hinzuweisen: 1. Die deutsche Regierung nimmt an, daß sie ohne weiteres den Gegenwartswert der festgesetzten Annuitäten auf Grund der 8 Prozent-Rechnung herauskalkulieren kann. Der Pariser Plan gestattet die Anwendung für die Diskontierung der für die ersten beiden Jahre festgesetzten Annuitäten. 2. Die deutsche Regierung kennt nicht den Wert der im Pariser Vorschlag vorgesehenen variablen Annuitäten, deren Höhe von dem Werte der deutschen Ausfuhr abhängt. 3. Die im Pariser Plan festgesetzten Annuitäten gelten als **Zuschlag** zu jeglicher Summe, die auf Grund der Reparationsbestimmungen bezahlt werden soll. 4. Die deutsche Regierung nimmt den Wert der auf Grund verschiedener Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag geleisteten Zahlungen auf 20 **Milliarden an.** Die Reparationskommission beziffert den Wert dieser Lieferungen auf weniger als die Hälfte dieser Summe. Es wird sich herausstellen, daß der Betrag, der der deutschen Regierung in Berücksichtigung dieser Lieferungen auf der Reparationsrechnung gutgeschrieben werden soll, sehr klein ist. 5. Die deutsche Regierung macht Gebrauch von der 8 Prozent-Tabelle in der Absicht, den Betrag zu errechnen, den sie schuldig ist. Gleichzeitig aber schlägt sie vor, daß die Zinsen ihrer Schuld auf 5 Prozent beschränkt bleiben sollen. 6. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß ihre Sicherheiten in dem Ausgabelande von der Steuer befreit werden, und belastet so das Ausgabeland mit einem Teil ihrer eigenen Verbindlichkeit. 7. In der Annahme, daß der Betrag, den Deutschland während der ersten 5 Jahre bezahlt, **eineinhalb Milliarden** beträgt, und daß die Gesamtverpflichtung in 30 Jahren abgetragen wird, wird der Betrag, den es zu zahlen haben wird, während der 25 Jahre, die auf diese Zeit folgen, und der zur Verzinsung und Amortisierung der Gesamtschuld dienen soll,

3 Milliarden jährlich

betragen. **Der Gegenwartswert** der deutschen Zahlungen beläuft sich auf **höchstens ungefähr 27 Milliarden.** Es ist nur nötig, sagt Reuter, diese Summe mit dem Betrage der Zahlungen zu vergleichen, die nach dem Pariser Plan geleistet werden sollen, um die

ganze Unzulänglichkeit der deutschen Vorschläge

auseinanderzusetzen. Nach dem Pariser Plan beläuft sich der Gegenwartswert der festen Jahreszahlungen allein nach der 8 Prozent-Tabelle auf **53 Milliarden Goldmark.** Diese Tabelle ist indessen nur auf die Diskontierung der zukünftigen Jahreszahlungen während der ersten beiden Jahre anwendbar. Nach der 5 Prozent-Tabelle (die auf die Diskonte nach 1925 angewendet werden kann) ist der Gegenwartswert über 83 **Milliarden Goldmark.** Es ist selbstverständlich schwer, den Wert der variablen Jahreszahlungen, wie sie der Pariser Plan vorsieht, zu schätzen, aber zum mindesten muß auf die oben genannten Ziffern in Berücksichtigung dieser Annuitäten ein **wesentlicher Aufschlag** gemacht werden. Die Summe, von der die deutsche Regierung verlangt, daß die Alliierten sie als Abgeltung ihrer Schuld annehmen, erreicht also nur **einen kleinen Bruchteil** der in Paris festgesetzten Summe. Die Folge würde sein, daß die auswärtige Schuld Deutschlands, die sich auf seine Verbindlichkeit aus der Reparation beschränkt, **nur einem geringen Prozentsatz der auswärtigen Schulden** gleichkommt, welche die Alliierten für den Krieg aufzunehmen gezwungen waren.

Die deutsche Gegenkritik

Zu der Kritik der deutschen Vorschläge, welche Reuter veröffentlicht hat, erfährt der Sonderberichterstatter des **Wolffschen Telegraphen-Bureaus** aus den Kreisen der **deutschen Delegation:**

Zu 1. Es ist durchaus gerechtfertigt, die Pariser Annuitäten mit dem Satze von 8 Prozent jährlich auf den Jetztwert zurückzudiskontieren. Der Pariser Plan sieht ausdrücklich vor, daß alle Zahlungen auf die Kapitalsumme der Entschädigungen in den ersten zwei Jahren mit 8 Prozent jährlich zurückdiskontiert werden können. Die deutschen Vorleistungen stellen Werte dar, welche sich jetzt schon im Besitze der Alliierten befinden, das heißt Zahlungen, die bereits erfolgt sind. Im Verlaufe der nächsten zwei Jahre soll ferner eine **internationale Anleihe** von 8 Milliarden zur Ausgabe gelangen. Sodann haben die Alliierten den Erlös des liquidierten deutschen Eigentums als flüssige Mittel in der Hand und schließlich ist es möglich, daß im Laufe der nächsten zwei Jahre noch **weitere Kapitalzahlungen** erfolgen. Alle die vorgenannten Werte sind daher unter dem Pariser Plan als **Jetztwerte** zu betrachten, auf welche die Zurückdiskontierung mit 8 Prozent Anwendung findet. Was nach zwei Jahren von der Kapitalsumme noch übrigbleibt, ist daher völlig unbestimmt. Es war notwendig, die Annuitäten des Pariser Planes mit 8 Prozent zurückzudiskontieren, um den Abzug der Leistungen, die innerhalb der nächsten zwei Jahre insgesamt gezahlt werden, überhaupt feststellen zu können. In Frage könnte höchstens kommen, ob der Restbetrag der Kapitalschuld, der nach zwei Jahren noch bestehen wird, etwa mit einem höheren Satze als 5 Prozent zu verzinsen sein würde. Wir haben aber von vornherein gesagt, daß die Höhe der Pariser Annuität für uns unerträglich ist, und haben aus diesem Grunde einen Nachlaß auf die Zinsen gefordert. Dieser Nachlaß ist, da er sich nur auf das Restkapital bezieht, und da wir bereit sind, 5 Prozent Zinsen zu zahlen, verhältnismäßig nicht bedeutend.

Zu 2. Die Behauptung, daß Deutschland die Abgabe **von zwölf Prozent** auf die Ausfuhr habe unter den Tisch fallen lassen, ist **nicht zutreffend.** In den deutschen Vorschlägen ist ausgeführt, daß die zwölfprozentige Abgabe aufgefaßt wird als ein Mittel, um den Alliierten eine Beteiligung an der künftigen Besserung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gewähren, und daß dieses Prinzip grundsätzlich anerkannt wird. Das deutsche Angebot ist aber nur dadurch möglich, daß bereits eine künftige Besserung der deutschen Wirtschaft in Rechnung gestellt wird. Auf der Grundlage der jetzigen Zustände wäre das deutsche Angebot an sich nicht zu verwerten. Wie in den deutschen Vorschlägen bereits gesagt, halten wir den Standpunkt für berechtigt, daß eine Beteiligung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft bereits in dem deutschen Vorschlag voll berücksichtigt ist.

Zu 3. Die Behauptung, daß die Annuitäten des Pariser Planes ohne Berücksichtigung der bisherigen Entschädigungsleistungen Deutschlands zu zahlen seien, ist sachlich unberechtigt und auch in dem Wortlaut der Pariser Beschlüsse nicht begründet.

Zu 4. Deutschland schätzt allerdings den Wert seiner bisherigen Vorleistungen auf Reparationskonto mit etwa 20 Milliarden Gold ein. Wenn die Reparationskommission in ihrer Schätzung nicht ganz auf die Hälfte dieses Betrages kommt, so ändert dies nichts an unserer Berechtigung, die Anrechnung von 20 Milliarden zu fordern. Im übrigen haben wir uns **ausdrücklich bereit erklärt,** die genaue Festsetzung des Wertes der Vorleistungen einer **gemischten Sachverständigenkommission** zu übertragen.

Zu 5 ist die Antwort **bereits unter Nummer 1 gegeben.**

Zu 6. Die deutsche Anregung, daß die internationale Anleihe in allen Emissionsländern **steuerfrei** sein soll, ist innerlich wohl begründet. Das finanzielle Opfer, welches von den einzelnen Emissionsländern verlangt würde, läßt sich ziemlich genau berechnen. Angenommen, die Anleihe wäre mit 4 Prozent verzinslich und die gesamten Steuern, die darauf entfallen würden, betrügen 25 Prozent der Zinsen, so würde die Einbuße an Steuern 1 Prozent des Nominalbetrages der Anleihe ausmachen. Dagegen aber steht das große finanzielle und wirtschaftliche Interesse, welches jedes Emissionsland an der **Hebung der gesamten Weltwirtschaft** hat. Insbesondere würden die **Vereinigten Staaten von Amerika** durch eine tatkräftige Beteiligung an dem Erfolge der steuerfreien Anleihe in den Stand gesetzt werden, ihre Waren wieder nach Europa abzusetzen und damit ihrer jetzigen inneren wirtschaftlichen Krisis zu steuern. Im übrigen würde das Opfer nicht allein die Alliierten, sondern vor allem auch die neutralen Staaten und Deutschland selbst treffen, denn Deutschland ist bereit, einen erheblichen Teil der Anleihe im eigenen Lande aufzulegen. Nur auf diese Weise, nämlich durch das Versprechen der Steuerfreiheit für die Anleihezeichner, würde es übrigens möglich sein, einen erheblichen Teil des **ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitals wieder zurückzurufen** und damit einer Forderung der Alliierten selbst zu entsprechen und damit der Reparation nutzbar zu machen.

Zu 7. Die Alliierten berechnen, daß bei Annahme der deutschen Vorschläge die jährliche Belastung Deutschlands nach Ablauf der ersten fünf Jahre etwa **drei Milliarden** betragen würde. Eine solche jährliche Last geht weit über das hinaus, was nach dem Urteil aller Sachverständigen überhaupt noch als tragbar anzusehen ist. Dann wird gesagt, daß der Jetztwert der gesamten Zahlungen gemäß den deutschen Vorschlägen etwa 27 Milliarden betragen würde und daß dies nur ein geringer Bruchteil der Pariser Forderungen sei. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß diese 27 Milliarden zuzüglich der 20 Milliarden Vorleistungen insgesamt 47 Milliarden Mark betragen, eine Zahl, die den geforderten 53 Milliarden Jetztwert ganz nahe kommt. Im übrigen aber könnte es den Alliierten ja nur lieb sein, wenn durch geschickte Finanzierung der gesamten Reparationsschuld Deutschlands es ermöglicht wird, mit einem verhältnismäßig niedrigen Gesamtbetrage auszukommen. Um so mehr wird das deutsche Wirtschaftsleben gekräftigt und um so eher wird Deutschland imstande sein, die versprochenen Leistungen durchzuführen.

Die Einzelheiten des Abkommens

London, 2. März.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.

2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei wohlgemerkt die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmöglichkeiten verständigen können.

3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Höchstfrist von vier Tagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 22. Januar kundzugeben.

4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhäfen besetzen, deren Namen jedoch geheimzuhalten sind, für den Fall, daß diese militärische Kundgebung nötig werden sollte.

5. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Böswilligkeit beharrt, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen getroffen werden, wie z. B.

a) Erhebung der Hälfte des Erlöses aus den Verkäufen Deutschlands im alliierten Ausland,

b) Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, welche das linke Rheinufer vom jenseitigen Deutschland abtrennt, und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Heute abend soll ein neues Abkommen unterzeichnet worden sein, welches die neuen Zuständigkeiten dieser Oberkommission bestimmt. Die beiden Arten von Strafmaßnahmen, militärische und wirtschaftliche, wovon die ersten sofort, die zweiten in der Folge angewandt werden würden, sind begründet mit den Verstößen Deutschlands gegen die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, welche bis heute festgestellt sind, besonders in der Frage der Entwaffnung und der Kohlenlieferung, deren Gesamtliste beigefügt werden wird.

Die Havasnote geht sodann in der gleichen Weise auf die deutschen Gegenvorschläge ein wie die bereits veröffentlichte Reutermeldung.

Von der nationalen Einheitsfront

In diesen Stunden, wo die schwere Entscheidung in **London** gefällt wird, wollen wir an dem Vorgehen der deutschen Regierung noch nicht eine Kritik üben, die für die Entscheidung doch keinen Einfluß hätte. Wir wollen nur feststellen, daß die **ganze** auswärtige Politik, die in Deutschland seit dem Zusammenbruch getrieben worden ist, im vollständigen Widerspruch zu dem, was wir für nützlich und richtig gehalten haben, gestanden hat. Die Verantwortung für die Resultate tragen nicht wir, sondern die Regierung und die Regierungsparteien, die diese Politik verfolgt haben. Wir haben diese Politik von jeher abgelehnt und keinen politischen Anteil an ihren Konsequenzen. Für uns ist es selbstverständlich, daß unsere nächste Aufgabe darin bestehen wird, nicht uns an dem Schwindel einer „nationalen Einheitsfront" zu beteiligen, sondern im Gegenteil dem Proletariat klarzumachen, wer die Verantwortung in **Deutschland** für die Vermehrung des Elends und der wirtschaftlichen Zerrüttung zu tragen hat, wie es Aufgabe der französischen und englischen Arbeiterklasse sein wird, in **ihren** Ländern gegen die Regierung und die imperialistischen Parteien mit aller Kraft anzukämpfen.

Wie aber in Deutschland in Wirklichkeit diese nationale Einheitsfront aussieht, dafür haben gerade die letzten beiden Tage einen in die Augen beißenden Beweis geliefert. Während die deutschen Unterhändler nach London fuhren, um dort in schwierigster Lage den Versuch zu machen, zu Vereinbarungen zu kommen, haben Hugo **Stinnes** und **Tirpitz** die Gelegenheit für eine freche und unverschämte Herausforderung der Entente für günstig gehalten. Stinnes, der neulich bereits eines seiner Schiffe auf den Namen **Hindenburg** hat taufen lassen und Hindenburg selber die Taufe vornehmen ließ, wiederholte kürzlich dieselbe Prozedur in Flensburg mit **Tirpitz.** Die Arbeiter weigerten sich, den Stapellauf stattfinden zu lassen, und Herr Tirpitz mußte sich zunächst damit begnügen, seine Taufrede zu halten.

Dieser Mann ist einer der **Hauptschuldigen** am Kriege. Er hat das wahnsinnige Wettrüsten zur See mit England angefangen, er hat selbst entgegen den schwächlichen Versuchen Bethmanns jedes Uebereinkommen mit England verhindert, jede Entspannung der machtpolitischen Gegensätze systematisch vereitelt. Im Krieg war er übelster Kriegshetzer, Annexionist und mit Kapp Gründer der berüchtigten kriegsverlängernden Vaterlandspartei. In seiner Rede sagte er u. a.:

„Tiefe Trauer liegt über Deutschland, um so schmerzlicher, als **nicht Uebermacht unserer Feinde,** sondern **innere Zwietracht uns in den Abgrund** gestürzt hat. Die Zusammengehörigkeit und die Arbeitsgemeinschaft waren unserem Volke verlorengegangen. Das half **den Räubern** ringsum, die nur auf die Gelegenheit lauerten, Deutschlands blühende Wirtschaft an sich zu reißen. **Wir machten uns wehrlos und darauf ehrlos.** Möge unserem Volke immer klarer werden, daß Großes nur geleistet werden kann, wenn **der Kopf die Faust führt,** daß aber andererseits Kopf- und Handarbeit sich gleichwertig **zur Arbeitsgemeinschaft** vereinigen müssen. Am heutigen Tage beginnt die Beratung in London, welche sich anmaßt, zu entscheiden, ob nicht nur die lebende Generation der Deutschen, sondern auch unsere Kinder bis zum dritten und vierten Glied **zur Fronarbeit für den fremden Kapitalismus** verurteilt werden sollen. Unsere alte Handelsflotte, die für Deutschland fuhr, ist uns **geraubt.** Unser Land ist ohne Stütze. Fremde Kommissionen kontrollieren die deutsche Wirtschaft und Arbeit. **Schwarze Schmach verpestet unseren Rhein.** Ein Tiefstand unseres Volkes ist eingetreten, wie niemals zuvor in unserer 2000jährigen Geschichte, und dennoch ist dieses große Schiff fertig geworden. Das ist eine Tat, die dem Glauben entspringt, daß die neu aufzubauende Handelsflotte wieder für Deutschland und seine Interessen fahren wird. Die Zuversicht der Schaffenden muß freilich gestützt werden durch den **gehärteten Willen** unseres Landes, **das Sklavenjoch nicht dauernd zu ertragen."**

Der Verbrecher beschimpft also das **deutsche Volk** als **ehrlos,** lügt, daß nicht die politische und militärische Unfähigkeit Ludendorffs und der Deutschland beherrschenden Clique, sondern innerer Zwietracht Deutschland in den Abgrund gestoßen hat, beschimpft mit seinem Riesenmaul die Londoner Verhandlungsgegner und kündigt die künftige Revanche an! Das alles wird inszeniert von dem **Stinnes,**

dem Kriegs- und Revolutionsgewinnler, von dem ökonomisch mächtigsten Manne Deutschlands und dem Herrn einer der Regierungsparteien, der Deutschen Volkspartei. Die ganze Sache hat nur einen Sinn: eben durch die Herausforderung den Abbruch der Verhandlungen zu bewirken. Diese nationalen Einheitsfrontler fallen also im entscheidenden Moment der verhandelnden Regierung in den Rücken und treiben nationalistische Verhetzungspolitik.

Das ist die eine Seite der nationalen Einheitsfront. Die andere Seite sieht aber so aus: Die Arbeiter verweigerten ihre Beteiligung an dieser nationalistischen Kundgebung. Daraufhin sperrte der Stinnes die gesamte Arbeiterschaft aus. Die Arbeiter sandten nun gestern eine Deputation zur Direktion. Stinnes teilte ihnen mit, daß sie nur dann wieder eingestellt würden, wenn der Stapellauf des Dampfers „Tirpitz" in seiner allerhöchsten Gegenwart und der des Tirpitz ordnungsgemäß vorgenommen würde. Eine Versammlung der Arbeiter stimmte dieser Bedingung zu, so daß heute nachmittag der Stapellauf stattfinden kann.

Die Arbeiter haben für ihr Verhalten wohl Gründe, die man verstehen kann. Sie haben eine nationalistische Hetze verhindert, dem Uebermut der Kriegsverbrecher entgegentreten wollen. Aber sie sind isoliert geblieben. Diese famose Regierung ist ja selbst der Gefangene des Stinnes, traut sich nicht, mit ihm anzubinden, und so ließen die Arbeiter es an der Demonstration genug sein und brachen den Kampf ab. Aber die nationale Einheitsfront hat sich entpuppt als das, was sie ist: als ein Werkzeug der deutschen Nationalisten, ihre skrupellose Hetze ungehindert zu betreiben; und die Einheitsfrontler haben sich entpuppt als die brutalen Unterdrücker der Arbeiterschaft, als die „Herren im eigenen Hause", die wieder unumschränkte Sklavenhalter sein wollen.

Aber die Herren machen die Rechnung ohne den Wirt. Sie sind übermütig geworden. Die Revolution hat sie verschont. Sie glauben, daß ihre Macht bereits wieder gesichert ist. Nochmals erlebt das deutsche Volk, daß ihre nationale Politik sich durchsetzt. Aber die Herren vergessen, daß wir jetzt am Anfang einer neuen Entwicklung stehen. Das deutsche Volk, das nicht verstanden hat, mit der deutschnationalen Politik endgültig aufzuräumen, wird sehr bald am eigenen Leibe die fürchterlichen Folgen verspüren. Und dann wird die Rechnung der Herren nachgerechnet werden. Und wir glauben nicht, daß sie ohne Bruch aufgehen wird.

Die Finanzkommission und die deutschen Gegenvorschläge

EE. London, 3. März.

Die Finanzkommission in London beschäftigte sich eingehend mit den von Dr. Simons übermittelten Gegenvorschlägen und erklärt, daß ein Widerspruch darin gefunden werden müsse, daß die deutsche Regierung einen Zinsfuß von 8 Prozent anwende, um den gegenwärtigen Wert der in den Abmachungen von Paris festgesetzten Grundzahlungen festzustellen. Für die Berechnung der Zahlungen Deutschlands werde dagegen ein 5prozentiger Zinsfuß angenommen. **Die 20 Milliarden Goldmark, die Deutschland von der Endsumme abzieht, könnten aus drei Gründen nicht angerechnet werden:**

1. Habe Deutschland im ganzen nur acht Milliarden gezahlt;

2. von diesen acht Milliarden könnte nur der geringste Teil auf das Wiedergutmachungskonto gebucht werden, und

3. die 20 Milliarden, die vor dem 1. Mai gezahlt werden müssen, dürfen von der Endsumme nicht abgezogen werden.

Was die Deutschen angeboten hätten, wären im ganzen 21 Milliarden Goldmark, die zu 5 Prozent kapitalisiert, im ganzen 88 Milliarden ergeben würden. Der Bericht der Finanzkommission schließt, daß unter diesen Umständen die Alliierten nur in der Lage wären, einen Bruchteil ihrer auswärtigen Schulden, die sie während des Krieges aufnehmen mußten, zu bezahlen.

Das Königreich Stinnes

Herr Hugo Stinnes breitet seine Herrschaft über die deutsche Wirtschaft immer weiter aus. In jüngster Zeit ist es ihm gelungen, eines der bedeutendsten Handelsunternehmen Ostpreußens unter seine Kontrolle zu bringen. Die Ostpreußische Maschinengenossenschaft m. b. H., eine genossenschaftliche Organisation, war in Schwierigkeiten geraten. Sie konnte sie durch den Anschluß an die Raiffeisenorganisation beheben, es lag aber auch ein Angebot des Stinneskonzerns zur Uebernahme des Betriebes vor, und die Mehrheit der Genossenschafterversammlung entschied sich für dessen Annahme. In der „Königsberger Hartungschen Zeitung" schildert der Freiherr Wilhelm von Gayl den Umfang, den das Stinnesreich in Ostpreußen heute schon einnimmt, — in folgender Weise:

Stinnes besitzt heute oder besser: beherrscht sämtliche Zellstoffabriken Ostpreußens einschließlich des Memellandes. Damit ist er der Hauptabnehmer von Papierholz geworden, dessen Preise er zu bestimmen beginnt. Er beherrscht die Kohlenimportgesellschaft und bereitet seine Monopolstellung auf dem Kohlenmarkt vor. Er beginnt den Vertrieb künstlichen Düngers in Ostpreußen. Ueberall hat er sich in fertige oder entwicklungsfähige, bisher selbständige Unternehmen hineingesetzt. Nun soll die Maschinengenossenschaft mit ihren Filialen, ihrem eingespielten Apparat und dem weiten Kundenkreis an ihn übergehen, damit er eine beherrschende Stellung auch auf diesem Gebiet haben kann. Kohlen, Düngemittel und Maschinen mit Betriebsstoffen sind die der ostpreußischen Landwirtschaft unentbehrlichen Massengüter. Von ihrem Preise hängen nicht zum wenigsten die landwirtschaftlichen Produktionskosten ab. Das ist die Zwangsläufigkeit der Entwicklung, der die ostpreußische Landwirtschaft unterliegen muß, wenn nicht Selbsthilfe der beteiligten Kreise einen Riegel vorschiebt in Gestalt genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Erzeuger und Verbraucher. Die Flucht der Maschinengenossenschaft aus den Reihen der Selbsthilfeorganisationen hat die Lücke gerissen, durch die zwangsläufig der Stinneskonzern gegen das Genossenschaftswesen vorgehen muß. Herr Stinnes wird schließlich auch in Ostpreußen den Kampf gegen die Genossenschaften aufnehmen, bis auch sie sich dienstbar seinem Konzern einfügen.

Walter Rathenau hat kürzlich gesagt, daß in absehbarer Zeit zehn bis zwölf industrielle Herzogtümer sich in den Besitz der deutschen Wirtschaft teilen werden. Das Reich, das Hugo Stinnes aufrichtet, kann schon mehr mit einem Königreich verglichen werden. Seine ergiebigste Quelle liegt in Rheinland-Westfalen, Ostpreußen ist aber jetzt schon eine seiner besten Provinzen.

Die Konzentration in Produktion und Handel mag betriebstechnisch einen Fortschritt darstellen. In der kapitalistischen Wirtschaft schlägt sie aber um in die immer weiter anwachsende Versklavung des Proletariats. Die Arbeiterklasse muß demgegenüber dafür kämpfen, daß die Produktionsmittel und die Verfügung über die Produktion dem Kapital entwunden werden. Gerade gegenüber den immer unverhüllter auftretenden Vertrustungstendenzen in der deutschen Wirtschaft ist die schleunige Durchführung der Sozialisierung aller dazu reifen Industrien das wichtigste Gebot der Stunde.

Ein Anwalt der Gegenrevolution

Die Selbstentlarvung eines Staatsanwalts

Im Casseler Ausnahmeprozeß ist gestern die Beweisaufnahme geschlossen worden. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Meyer, beantragte gegen die drei Hauptangeklagten je drei Jahre Zuchthaus, gegen die anderen Gefängnisstrafen. Wir halten mit unserem Urteil über das Vergehen der Angeklagten solange zurück, bis das Urteil gefällt worden ist. Die Rede des Staatsanwalts zwingt uns aber schon heute zu einer Stellungnahme über die Rolle, die der Staatsanwalt in diesem Prozeß gespielt hat.

Der Staatsanwalt behauptete, die Arbeit der Angeklagten sei darauf hinausgegangen, die „letzten Reste einer herrlichen Zeit, die Reichswehr, zu zertrümmern". Die Angeklagten hätten vom deutschen Standpunkt aus ehrlos gehandelt. Es sei ihm ein Bedürfnis, dies auszusprechen. Richter und Staatsanwälte trieben keine Politik. Aber es müsse doch festgestellt werden, daß die Angeklagten schamlos gehandelt hätten. Die Orgesch, die Ruhe und Ordnung schütze, habe man verboten. Das Verbrechen der Angeklagten sei die Folge der übergroßen Milde der Behörden gegen links. Gegen den Angeklagten Zaisser, der als Offizier im Felde war, führte er an, es sei ihm unerklärlich, daß sich ein solcher Mann so weit vergessen könne, gegen die Regierung zu rüsten.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß der Staatsanwalt sich einer groben Parteilichkeit schuldig gemacht hat. Die Staatsanwaltschaft behauptet von sich, objektiv zu sein. Der Staatsanwalt Dr. Meyer aber hat nicht als objektiver Jurist gesprochen, sondern als Anwalt der monarchistischen Putschisten, der Orgesch und der militärischen Verschwörerorganisationen. Er hat es auch gewagt, gegen die Angeklagten Gründe vorzubringen, von denen er wußte, daß sie unwahr sind. Es ist gerichtsnotorisch, daß die Orgesch nicht Ruhe und Ordnung schützen, sondern die Republik stürzen will. Alle monarchistischen Verbrecher aus den Kapptagen haben sich in dieser Organisation zusammengefunden. Das weiß der Staatsanwalt des außerordentlichen Gerichts auf Grund seiner Praxis sehr genau. Trotzdem mißbrauchte er sein Amt dazu, ein Loblied auf die Orgesch anzustimmen und ausschließlich eine Hetzrede gegen links zu halten. Wenn der Staatsanwalt wagt, von Ehrlosigkeit und Schamlosigkeit zu sprechen, so trifft dieser Vorwurf nicht die Angeklagten, sondern die politischen Freunde des Staatsanwalts, zu deren Schutz er sich berufen fühlt. Ehrlos sind die Kappverbrecher, sind Lüttwitz, Bauer, Ehrhardt und eine Reihe von Generälen, die den Eid gebrochen haben, den sie der Republik geschworen hatten. Ehrlos sind die Orgeschführer, die vorgeben, die Verfassung schützen zu wollen, in Wirklichkeit aber dabei sind, einen monarchistischen Putsch zu inszenieren. Ehrlos sind die Richter und Staatsanwälte, die trotz des vorhandenen Beweismaterials weder gegen die Mörder der Arbeiter einschreiten, noch gegen die Putschisten von rechts, die das Volk in eine neue Katastrophe stürzen wollen.

Nach der Rede dieses Staatsanwalts wird es erklärlich, warum der Ausnahmeerlaß des Herrn Ebert bisher nur gegen die Arbeiter angewendet worden ist. Die außerordentlichen Gerichte fühlen sich berufen, die monarchistische Konterrevolution zu schützen. Wir danken dem Staatsanwalt Meyer, daß er aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und seine Gesinnung so offen zur Schau gestellt hat.

Der Maisschwindel

Der inländische Getreidepreis beinahe Weltmarktpreis

In der „Vossischen Zeitung" finden wir eine Betrachtung, die den von der Regierung mit der Lieferung von verbilligtem Mais an die Landwirte betriebenen Schwindel zugunsten der Landwirte restlos aufdeckt. Der Mais wird dem Landwirt um annähernd 100 Mk. pro Zentner billiger abgegeben.

Der Erzeuger erhält also für dasjenige Brotgetreide, das er über 70 Prozent seines Lieferungssolls der Reichsgetreidestelle zur Verfügung stellt, und für denjenigen Hafer, den er über 50 Prozent seiner Lieferungsverpflichtung hergibt, für jeden Zentner eine Prämie von ungefähr 100 Mark, das ist für jede Tonne 2000 Mk. Die Höchstpreise in Deutschland sind pro Tonne für

Weizen	1540—1640 M.	+ 2000 M.	Maisprämie	= 3540—3640 M.
Roggen	1400—1500 „	+ 2000 „	„	= 3400—3500 „
Gerste	1350—1450 „	+ 2000 „	„	= 3350—3450 „
Hafer	1350—1450 „	+ 2000 „	„	= 3350—3450 „

Diese Preise sind von den Weltmarktpreisen für Brotgetreide nur noch 7—800 Mark pro Tonne entfernt, das heißt, die Reichsgetreidestelle zahlt für diejenige Getreidemenge, die sie über die vorher freiwillig abgelieferten Zufuhren der Landwirtschaft herausholt, Preise, die nicht allzuviel hinter den Importpreisen zurückbleiben.

So haben also die Agrarier auf Schleichwegen bereits den größten Teil dessen erreicht, was sie als das sehnlichste Ziel ihrer Wünsche betrachten, die Weltmarktpreise für Getreide.

Die Arbeitslosigkeit in England. Im Unterhaus fand am Dienstag eine Sitzung der beiden Exekutivkomitees, der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften statt, die sich mit dem Verhalten auf der heute beginnenden Arbeitslosenkonferenz beschäftigte. Die radikalen Mitglieder fordern, daß ein 24stündiger Generalstreik proklamiert würde, um dadurch den Forderungen der Arbeiterpartei in der Arbeitslosenfrage den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Russische Eindrücke

Von Arthur Holitscher

Zwei Abschnitte aus dem letzten Teil der eben in der „Neuen Rundschau" erschienenen Reiseeindrücke von Holitscher.

Sucharewka heißt der Markt, auf den ich bisher des öfteren in geheimnisvoller Weise hingewiesen habe. Es ist ein ehemaliger Sonntags-Trödelmarkt und befindet sich auf dem äußeren Boulevardgürtel Moskaus in der Nähe des Roten Tores. Hier kann man von früh bis spät eine dicht gedrängte Menge, Tausende tauschen, feilschen, kaufen, verkaufen, sich gegenseitig bewuchern und bestehlen sehen. Es ist der geduldete Markt der großen Stadt, der, da ja alle Läden zugesperrt sind, die Verteilung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen aber bei weitem nicht den Bedarf des verarmten Städters decken kann, unter den Augen der Sowjets besteht und blüht — wenn auch zuweilen grimmige Razzien und Verhaftungen von Käufern und Verkäufern vorgenommen werden und die außerordentliche Kommission Gefängnisse, Klöster und Konzentrationslager mit Spekulanten neu auffüllen kann.

Bauern kommen aus der Umgebung hierher und halten Lebensmittel aller Art feil; Buden mit Gebrauchsgegenständen reihen sich einige Werst lang aneinander; Schleichhändler stopfen sich die Taschen mit Gegenständen voll, die die Bourgeoisie, an einem geschützten Teil der Sucharewka in Doppelreihen aufgestellt, an den Mann zu bringen sucht. Als ich zum ersten Male dieses klägliche Spalier betrat, waren die ersten, die ich erblickte: eine junge verhärmte Frau in guter Kleidung, die, über den Arm gelegt, ein altes Ballkleid aus Tüll und auf der Spitze ihres emporgereckten Zeigefingers einen dünnen Ring mit einem kleinen Stein den Passanten zum Verkauf hinhielt. Neben ihr stand ihr hübscher blondlockiger Knabe, der in seinen wie eine Schale ausgestreckten Händchen einen Gummiball den Passanten zum Verkauf hinhielt. Für diesen ersten Tag hatte ich eigentlich damit genug. —

Aber da die Sucharewka kaum zehn Minuten von meiner Wohnung in der Maly Charitonjewsky Perculok entfernt war, besuchte ich den Markt noch des öfteren. Ich ging, gegen Eindrücke schon ziemlich abgestumpft, durch die Spaliere der Bourgeois hin und wieder, kaufte aber nichts, sondern sah zu, wie andere das besorgten. Es waren zumeist Bauern, die ihre Lebensmittel vorteilhaft losgeworden waren und nun mit handdicken Tausendrubelbündeln, die sie aus ihren Stiefeln zogen, von einem zum andern gingen, Standuhren, Parfümfläschchen, Ringe, Seidenschals, Operngläser, Samoware und emaillierte Löffel, kurzum alles, was zu einer erhöhten Lebensführung unerläßlich ist, erstanden. Zu beiden Seiten dieser bürgerlichen Doppelreihe standen und saßen Verkäufer von Eiern, Obst, Speck, Weißbrot (von dessen Beschaffenheit sich Tausende im Vorübergehen durch einen Fingerabdruck zu überzeugen suchten), Zucker, Hefe, Käse, Fleisch; Buden mit Wurststücken, geschmorten Gurken, prasselten und zischten in der Wintersonne; da gabs Grammophone, Stiefel, Kinderwagen, Mandolinen, Lehrbücher der Chemie, Gounods „Faust", Bandzeug, Bleistifte, altes Papier, Fahrräder, Küchengerät, Heiligenbilder; auch konnte man bemalte Schüsseln und Schöpfkellen, Siebe, Spielzeug und Bürsten erstehen, Zeugen einer heute fast vollständig verschwundenen Hausindustrie, deren Ueberbleibsel abnorm teuer bezahlt werden. Ich selber besitze als Andenken an die Sucharewka einen primitiven hölzernen Hampelmann, der ehemals, wie der Verkäufer mir versicherte, drei Kopeken gekostet hatte, und den ich mit 1000 Rubel nicht übermäßig teuer bezahlt habe.

Panik auf der Sucharewka! Mit einem Schlage, geheimnisvoll aufflackernd, verbreitet sich das Gerücht irgendwoher; „Die Roten seien im Anmarsch." In wilder Hast beginnen die Verkäufer ihre Waren zusammenzuraffen, die Käufer ihre Taschen zuzuhalten; alles duckt sich, um in der Menge möglichst unbemerkt zu verschwinden, schiebt sich, stolpert übereinander hinweg. Ich stehe neben einem Burschen, der drei eiserne Bettstellen in einer Reihe aufgestellt hat und auf Käufer wartet. Der Bursche hat einen Strick als Gürtel um die Hüften geschlungen; rasch wie der Blitz windet er sich diesen Strick vom Leibe, zieht ihn wie eine Schlange durch die Gitterstäbe am Kopfende aller drei Bretten, spannt sich dann als Pferd vor dieses sonderbare Gefährt und beginnt in wilder Hast einer Seitenstraße zuzugaloppieren. Hinter ihm hüpfen die drei Bettstellen über das Eis. Einige Minuten später stellt es sich heraus, daß die Furcht, die die Sucharewka im Handumdrehen gesäubert und entvölkert hatte, unbegründet war, und bald darauf steht alles wieder auf seinem Platz, feilscht, handelt, bewuchert und bestiehlt sich gegenseitig . . .

*

Gott wurde in Rußland durch Lunatscharsky entthront. Auf unvollkommene Weise, wie es sich zeigt. Zuweilen gab es, in der ersten Zeit, wie man mir erzählte, große öffentliche Disputionen im Großen Theater, im Dom Sojusow, dem Haus der Gewerkschaften. Anwälte der Bolschewiki und Anwälte Gottes, d. h. der in Moskau vertretenen Glaubensbekenntnisse aller Völker Groß-Rußlands, lieferten sich auf den Bühnen Redeschlachten vor dicht gedrängten Sälen. Jedes Bekenntnis kam zu Worte. Lunatscharsky schlug auf das Pult und zieh den alten Gott, den voroktoberlichen, der Ungerechtigkeit; er sei ein Gott der Klassen zu nennen, ein Schurkengott!

Die Bolschewiki haben redliche Anstrengungen gemacht, um dem Volke den alten Wunderglauben auszutreiben und damit einen der Grundpfeiler seiner Verdummung und Lethargie zu zerbrechen. Sie haben kurz nach Ergreifung der Macht die Särge der Heiligen im Lande geöffnet, diesen Vorgang kinematographisch festhalten lassen und dann die Filme in den Kirchen gezeigt. Außerdem haben sie in einem Propagandazug diese Särge durch ganz Rußland gejagt. Jawohl, die Särge waren offen und enthielten zerfallene Mumien, Knochenüberreste, Gewandfetzen, Schmutz. Aus den Dörfern und Weilern strömten die Bauern zu den Stationen herbei, um diese Särge zu bestaunen. Was aber sagte der Muschik? Daß die Heiligen schlauer gewesen seien als die Bolschewiki, daß sie sich nämlich im Oktober samt und sonders aus dem Staub gemacht hätten, das heißt, jetzt im Himmel säßen und in ihren Särgen Mist zurückgelassen hätten. Ebensowenig hat der Arbeitszwang, der im Oktober 1917 der Geistlichkeit auferlegt wurde und der das große uferlose Popengesindel, die parasitären Mönche und die Legionen der niederen und höchsten Geistlichkeit plötzlich zu positiver Tätigkeit anhalten sollten, die gewünschte Wirkung gehabt. Als nämlich die Bevölkerung die bis dahin ziemlich verachteten Popen, die von größerer Ehrerbietung umgebenen Mönche und all die Geistlichen der verschiedensten Kategorien in bäuerischer oder städtischer Tracht die schwersten Arbeiten, Wasserschleppen, Holzhauen, Düngerfahren verrichten sah, bemächtigte sich ihrer ein großer Schreck. Die Bauern und die Städter fütterten und kleideten die Bedauernswerten, die nun mit einem Male arbeiten mußten, wie sie, die Bauern, die Städter, es ihr Leben lang getan hatten, und die Popen, die Mönche, die Geistlichkeit sahen nun in dem allgemeinen Elend ringsum ihre goldenen Tage. Aus Faulpelzen und Faktoren waren über Nacht Märtyrer geworden.

Heute werden in den Kirchen Messen mit demselben Pomp zelebriert, der vor der Oktoberrevolution gang und gäbe gewesen sein soll. Zwar werden Wasserweihen, Fahnenweihe, Universitätseröffnungen usw. nicht mehr unter kirchlicher Assistenz oder überhaupt nicht gefeiert — das ist klar. Aber daß die vom Staat getrennte und boykottierte Kirche noch immer die wundervollsten Chöre bezahlen kann, davon habe ich mich durch manchen unvergeßlichen Ohrenschmaus während all der drei Monate dankbar überzeugt. Unerfindlich bleibt es, wie die Regierung es nicht zuwege bringt, wenigstens die geistliche Sucharewka, als die sich so viele kirchliche Institutionen erweisen, diese contradictio in adjecto zu den Grundprinzipien des Bolschewismus durch einen zwingenden logischen Willensakt aufzuheben, wenn sie dies auf metaphysischem Wege doch nicht erreichen kann.

Die Liturgie endete unter dem Zaren mit dem Gebet für die Dynastie, den Synod und das christliche Heer; unter Kerenski mit den Worten: „Noch beten wir für die russische Großmacht, über die Gott seine schützende Hand strecken möge"; jetzt aber, unter den Bolschewiki, lautet die Formel: „Noch beten wir für die leidende russische Großmacht, für Vaterland und Heer".

Der Gewaltstreich der Vulkanwerke

Die Aussperrung auf der Vulkanwerft in Stettin ist keine isolierte Erscheinung. Je besser die Umstände ihrer Entstehung bekannt werden, um so deutlicher ist zu erkennen, daß hinter dem Gewaltstreich der Stettiner Werft das gesamte Werftkapital Deutschlands steht. Die Stettiner Werft hat in den Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts Forderungen erhoben, die ein allgemeines Programm des Werftkapitals darzustellen scheinen, ja nicht nur des Werftkapitals, sondern des gesamten deutschen organisierten Unternehmertums. Es sind zahlreiche Anzeichen dafür vorhanden, daß die Unternehmerverbände, planmäßig geführt von ihren Zentralen, eine allgemeine Abrechnung mit der deutschen Arbeiterschaft vorhaben. Die Vorgänge in Stettin dürften nur einen Teil dieser Angriffsbewegung des Unternehmertums sein, ein sehr bedeutsamer Teil allerdings, und wenn das Vorhaben des Werftkapitals gelingt, das offen auf eine Generalaussperrung in allen Hafenstädten abzielt, dann gestaltet sich dieser Kampf vielleicht zu einer Generalprobe zu einer noch bevorstehenden größeren Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Aus kleinem Anlaß entstanden, ist der Konflikt auf den Vulkanwerften vom Unternehmertum bewußt zu einer großen Aktion gesteigert worden. Gestützt auf sein Mitbestimmungsrecht, hat der Betriebsrat der Abteilung Schiffbau die Anstellung des Arbeiters Vollmer als Vorarbeiter abgelehnt. Während in früheren Fällen ähnlicher Art, die seit der Revolution nicht selten waren, stets eine Einigung zwischen Werftdirektion und Betriebsrat erzielt wurde, hat die Direktion diesmal die Anstellung Vollmers als Vorarbeiter gegen den Einspruch des Betriebsrats vollzogen. Darauf übte die Belegschaft passive Resistenz, und das gab der Werftdirektion, ohne weitere voraufgegangene Verhandlungen, den Vorwand zur Aussperrung.

Die Betriebsschließung erfolgte am 25. Februar. Am Montag kamen Verhandlungen zustande, an denen als Unparteiische teilnahmen der Oberpräsident Lippmann als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der Regierungspräsident Schmeling und der Polizeipräsident Fenner. Bei diesen Verhandlungen rückten die Unternehmer mit ihren Forderungen heraus. Diese lauten:

1. Anerkennung des Vorarbeiters Vollmer;
2. Anerkennung, daß ein Mitbestimmungsrecht bei Bestellung von Vorgesetzten nicht besteht;
3. Entlassung bezw. Nichtwiedereinstellung der an den Gewalttätigkeiten Beteiligten;
4. Schaffung geordneter Zustände auf dem gesamten Werk, insbesondere bei Akkord-Festsetzungen;
5. Trennung der achtstündigen Arbeitszeit durch eine längere Mittagspause und restlose Ausnutzung der Arbeitszeit. — Als im März 1919 die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit von der Belegschaft gewünscht wurde, haben wir jedem Arbeiter schriftlich mitgeteilt, daß unserer Ansicht nach, die durchgehende Arbeitszeit gesundheitsschädlich und ein erhebliches Nachlassen der Arbeitsleistung in den letzten Arbeitsstunden zu befürchten ist, wodurch eine Verteuerung der Produktion entsteht, welche wiederum die Konkurrenzfähigkeit, d. h. die Möglichkeit, Aufträge und somit Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter zu erlangen, stark herabmindern wird. — Unsere Befürchtungen von damals sind leider eingetreten und nötigen uns, den falschen Weg zu verlassen.

Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich in den Verhandlungen bereit, in den Punkten 1 und 2 nachzugeben. Zu den Punkten 4 und 5 erklärten die Arbeiter, daß der zu den Verhandlungen zusammengetretene Personenkreis zur Entscheidung über diese Fragen nicht zuständig sei, da diese Angelegenheiten durch den Tarif geregelt sind. Bei einer Differenz auf diesen Gebieten seien also die zuständigen tariflichen Instanzen anzurufen. Zum Punkt 3 erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß sie mit der Nichteinstellung von solchen Personen einverstanden sein würden, denen vor einem ordentlichen Gericht Gewalttätigkeiten nachgewiesen werden, die gegen die Strafgesetze verstoßen. Auf den dehnbaren Begriff „Belästigungen", den die Unternehmer anzuwenden beliebten, konnten sie sich natürlich nicht einlassen.

Die große Nachgiebigkeit der Arbeiterschaft wurde von den beteiligten Unparteiischen anerkannt und die drei genannten Persönlichkeiten empfahlen auch dem Unternehmertum, es möchte nachgeben. Sie machten den Vorschlag, daß die Werksdirektion weitere Entlassungen nicht vornehmen möge. Eine unparteiische Schiedsstelle soll über die vorgekommenen Gewalttätigkeiten ein Urteil fällen und über die auf Grund des Urteils eventuell vorzunehmenden Entlassungen entscheiden. Die Direktion hat das abgelehnt. Sie beharrt auf ihrem Standpunkt. Der Rücken wird ihr gestärkt durch die Solidarität des Werftkapitals, das zum Ausdruck kam durch ein Radiotelegramm der Norddeutschen Gruppe deutscher Seeschiffswerften an die Direktion der Vulkan-Werke. Darin wird die Vulkan-Direktion dringend aufgefordert, nicht nachzugeben, sondern an den fünf Punkten unbedingt festzuhalten und keiner Verständigung Raum zu geben. Blohm u. Voß und die Vulkan-Werft in Hamburg seien bereit, zwecks Durchführung der Unternehmerforderungen ebenfalls zur Aussperrung zu schreiten.

Das ist die Kampfansage. Es ist bezeichnend, daß das Werftkapital die Gelegenheit benutzt, um nicht nur die strittigen Fragen zu erledigen, die den unmittelbaren Anlaß zu dem Konflikt gegeben haben, sondern, um zugleich Forderungen zu stellen, die sich auf die Löhne und auf die Arbeitszeit beziehen. An diesen Punkten soll der Widerstand der Arbeiterschaft gebrochen werden. Die allgemeine, zentral geleitete Bewegung unter dem Unternehmertum, von der wir eingangs sprachen, richtet sich aber ebenfalls auf den Lohnabbau und auf Arbeitszeitverlängerung. Die Zusammenhänge sind deutlich erkennbar. Das Unternehmertum rüstet fieberhaft und wir werden Gelegenheit nehmen, die Pläne und Ziele des organisierten deutschen Scharfmachertums ausführlicher darzustellen.

Wie gut der Streich der Stettiner Vulkan-Direktion vorbereitet war, und wie bewußt der Konflikt zu einem so ernsthaften von ihr gesteigert worden ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß eine „Bekanntmachung" der Direktion, die die Vorgänge in entstellter Form darzustellen sucht und am Mittwoch als Inserat im Stettiner „General-Anzeiger" erschienen ist, als Plakat bereits gedruckt in Bereitschaft lag, bevor die Verhandlungen am Montag zustandegekommen waren. Die Werft-Direktion ist also mit der Absicht zu den Verhandlungen gegangen, eine Verständigung abzulehnen.

Nur zufällig trifft die Drohung mit der Aussperrung der Flensburger Werftarbeiter wegen der Ablehnung des Stapellaufes des Dampfers „Tirpitz" zeitlich mit diesen Vorgängen zusammen. Auch hier besteht ein innerer Zusammenhang. Dieselben Kreise, die im Innern die Arbeiterschaft mit Anwendung aller Gewaltmittel niederbütteln, legen aus außenpolitischen Gründen Wert darauf, daß die Namen Tirpitz und Hindenburg in der Oeffentlichkeit genannt werden und daß gezeigt wird, daß starke Mächte in Deutschland vorhanden sind, die hinter diesen Namen stehen und hinter dem politischen Programm, das durch diese Namen verkörpert wird. Die alte Methode: nach innen den Stiefelabsatz, nach außen die gepanzerte Faust! Und damit die alte Gefahr!

Der deutschen Arbeiterschaft müssen die Vorgänge auf den Werften als Warnung dienen. Je fester sich das Kapital zusammenschließt, je einiger es ist, um seine Machtansprüche mit allen Mitteln der Brutalität und politischen Dummheit zu vertreten, um so fester wird das Proletariat zu stehen haben, um diesen Bestrebungen Widerstand entgegenzusetzen. Um so notwendiger aber ist auch ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft. In dieser Situation, in der das Unternehmertum mit der brennenden Lunte zündbereit am Pulverfaß steht, liegt die Stärke der Arbeiterschaft in der Besonnenheit und im festen Vertrauen zu ihren berufenen Organisationen.

Proletarisches Theater. Wir erhalten folgende Zuschrift: Bei den Veranstaltungen des proletarischen Theaters: „Wie lange noch bürgerliche Gerechtigkeit" wurde eine Resolution angenommen, die nachdrücklichst protestiert gegen die Maßnahmen des Polizeipräsidenten gegen das proletarische Theater. Die Besucher des Theaters sind entrüstet, daß jedem Theater oder Kino oder jedem Tingeltangel und Varieté, auch wenn sie nachweislich minderwertigen Kitsch bieten, die Konzession erteilt wird, während das proletarische Theater, ein Arbeiterunternehmen, das gegen die schädigenden Einflüsse des Schundfilms, des Varietékrams und der Kitschbühne innerhalb der Arbeiterschaft ankämpft, durch Entziehung der Spielerlaubnis unterdrückt werden soll.

Sie machen den Polizeipräsidenten darauf aufmerksam, daß er kein Recht hat, Bühnenaufführungen wegen ihres Inhalts abzulehnen, daß ihm ein Urteil über die künstlerische Form nicht zusteht, daß die Polizeiorgane sich nach dem Spruch der Bühnengenossenschaft und des Bühnenvereins zu richten haben, die die Erteilung der Konzession befürwortet haben. Sie machen Herrn Richter weiter darauf aufmerksam, daß er seine Zensurgelüste bei dem Kino am Alexanderplatz, den Varietés im Norden, den Flimmerdielen und Nachtlokalen in der Friedrichstraße und im Berliner Westen besser anwenden könnte, daß er Bühnenunternehmen schließen soll, die in rücksichtsloser Weise den Sinnenkitzel ihres Schieberpublikums ausnützen, ihre Darsteller bis aufs Blut ausbeuten und ihre Schauspielerinnen zu Dirnen machen.

Sie fragen Herrn Richter, ob er gewillt ist, wenn das proletarische Theater auf Grund der neuen Verfügung um eine Genossenschaftskonzession einkommt, diese zu verweigern?"

Tages-Notizen

Die Volkshochschule Groß-Berlin veranstaltet Sonntag nachm. 5 Uhr in der Aula Kleinmarkterstr. 15 eine Veranstaltung „Unsere Stellung zum Film" mit Vorführungen. Vortragender: Prof. K. Hermann. Karten 1,50 M. an der Tageskasse.

Die Arbeiter-Kunst-Ausstellung, Potsdamer Str. 39, wird Sonntag eröffnet. Zur Ausstellung gelangen von Arbeitern hergestellte Aquarelle, Altstuben usw. und Kinderzeichnungen. Außerdem stellen Willibald Krain und Käthe Kollwitz (Holzschnitt) aus. Arbeiter und Kinder, die noch in Berlin von Ostwerken sind und auszustellen wünschen, wollen sich umgehend melden.

Spielplanänderungen: Volksbühne: Freitag statt „Nach Damaskus" 1. Teil wird „Kabale und Liebe" gegeben. — Neues Volkstheater: Sonnabend statt „Perikles" wird „Der Verachtete" gegeben.

Dichterabende. Else Lasker-Schüler liest Sonntag in den Kammerspielen, 12 Uhr, aus eigenen Werken, darunter zum ersten Male: Der Wunderrabbi von Barcelona.

„Drahtlose Telegraphie und Telephonie" (Inabel. „Die Empfänger"). Vortrag (Experimente und Filme) von Obering. Matz Freitag, 7½ Uhr, im großen Hörsaal der Treptower Sternwarte. Wegen der großen Nachfrage Kartenbestellung rechtzeitig erbeten.

Ausstellungen. Fritz Gurlitt, Potsdamer Str. 113, zeigt in der Märzausstellung Sammlungen von Alexander Gerbig und Alfred Heilberger. Die Ausstellung „Afrikanische Plastiken und Geräte aus der Südsee" wird durch neue wertvolle Gegenstände ergänzt.

Die Breslauer Menschenschinder

Kaiserliche Offiziere als Hauptverbrecher

Der Aulock-Prozeß in Breslau wurde am Mittwoch fortgesetzt. Zuerst wurde der Kriegsverletzte Adolf Rupeli vernommen. Weil er sich die Anrempelung durch einen Soldaten verbeten hatte, wurde er nach dem Generalkommando gebracht, wo er mit Peitschen und Gummiknüppeln bearbeitet wurde. Der Kaufmann Walter Teich wurde ohne irgendeine Veranlassung in Haft genommen. Im Generalkommando wurde er von Mannschaften in schwerster Weise mißhandelt. Am 16. März wurde der Postgehilfe Fritsche unter der Beschuldigung verhaftet, daß er zum Streik gehetzt habe. Man schnallte ihn im Regierungsgebäude auf einen Tisch, worauf er mit Peitschen und Knüppeln mißhandelt wurde. Später wurde er im Generalkommando von Oberleutnant Aulock auch mit den Worten empfangen: „Hast du deine Abreibung schon bekommen?" Der Angeklagte Walter rief diesem Zeugen zu: „Du Lump, komm einmal her, wir haben schon lange auf dich gewartet." Biskup stieß ihn sodann in die Folterkammer, woselbst er mißhandelt wurde.

Der jetzige Reichswehrsoldat Lampe, der zu jener Zeit in der Kommandantur Schreiber war, bekundet, gesehen zu haben, wie verschiedene Personen nicht nur von Spielleuten, sondern auch von Offizieren mit allen möglichen Gegenständen mißhandelt wurden. Eine gewisse Sensation brachte die Vernehmung des Maschinenbauers Paul Zimmermann, der früher bei der Aulock-Truppe gewesen ist. Er hat gesehen, wie Brandt

in barbarischer Weise mißhandelt

wurde und daß Biskup wiederholt verschiedene Personen, insbesondere die Zeugen Heitner und Heimlich mit Gummiknüppeln mißhandelt hat. Er war auch Zeuge, wie Biskup das Geständnis von Heimlich erpreßt hat. Nach seinen Bekundungen wußten alle Offiziere, daß die Mannschaften die eingebrachten Personen mißhandelten. Leutnant Jordan hat nach den Bekundungen dieses Zeugen die eingebrachten Leute noch schwerer mißhandelt als die Mannschaften. Selbst er ging den Mannschaften mit sehr schlechtem Beispiel voran. Die Mißhandlungen hätten vermieden werden können, wenn die Offiziere eine andere Haltung eingenommen hätten. Die Offiziere hätten aber zu wiederholten Malen die Mannschaften aufgestachelt und zu ihnen gesagt,

schlagt die Leute wie ihr wollt, ihr könnt sie auch totschlagen, aber sehen dürfen wir es nicht.

Ganz besonders Leutnant Jordan hat diese Aeußerung gebraucht und zwar recht oft. Der Angeklagte Breffke hat die Leute zu wiederholten Malen mit Lederkappeln geschlagen. Namentlich habe Biskup einen Mann mit einer Bierflasche über den Kopf geschlagen, daß die Flasche sogleich in Scherben gegangen sei. Dem eingelieferten Heimlich habe er in versteckter Weise Brot gegeben. Als dies Walter erfahren habe, habe er zu ihm gesagt, wenn das noch einmal geschehe, werde er ihn auch an die Wand stellen. Weiter behauptet der Zeuge, daß die Aulocktruppen sehr gestohlen hätten. Es sei dies nicht nur von den Mannschaften, sondern auch seitens der Offiziere geschehen.

Der 61 Jahre alte Kaufmann Stein war am 16. März in der Nähe des Cafés Fahrig von einer Patrouille festgenommen worden. Der Weg war mit Stacheldraht abgesperrt und nach Ansicht der Soldaten hatte er sich nicht schnell genug aus dem Staube gemacht. Schläge hatte er nicht bekommen. Er mußte aber viele Stunden im Gewahrsam zubringen und wurde mittags von einem, nach seiner Ansicht angetrunkenen Offizier in der gemeinsten Weise beschimpft. Der Offizier hielt den Anwesenden einen längeren Vortrag, in welchem er erklärte, daß die Juden an dem Unglück Deutschlands schuld seien und daß morgen eine Anzahl derselben erschossen würde. Der Postaushelfer Paul Klose war verhaftet worden, weil er im Begriff war, ein Plakat abzureißen. Als er im Wachtlokal als Kriegsverletzter bat, sich hinsetzen zu dürfen, da er ein krankes Bein habe, wurde ihm erklärt, daß man ihm dies nicht gestatten könne. Geschlagen worden ist der Zeuge nicht. Dagegen mußte er verschiedene Beleidigungen über sich ergehen lassen. Hierauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag vormittag vertagt.

*

Unsere Behauptung, daß für die Verbrechen der Aulock-Truppe die Offiziere verantwortlich sind, ist nunmehr gerichtsnotorisch geworden. Wird nun das Gericht endlich den Mut finden, die Offiziere wegen ihrer Verbrechen unter Anklage zu stellen?

Ludendorff und Lenin

Vor kurzem fand in der Presse eine recht lebhafte Auseinandersetzung darüber statt, daß die deutsche Regierung nach Ausbruch der russischen Revolution offenkundig den Bolschewismus gefördert hat, um auf diese Weise ihre militärischen Pläne im Osten und Westen zu verwirklichen. Zu dieser Frage äußert sich nun im „Militärwochenblatt" der Hauptschuldige an dieser Politik, General Ludendorff, der die Tatsache der Förderung des russischen Bolschewismus zugibt, sich aber mit der angeblichen „Zwangslage", in der sich die O. H. L. befand, zu rechtfertigen sucht. Ludendorff schildert diese Lage folgendermaßen:

„In Rußland war, geschürt durch die Entente, im besonderen den englischen Gesandten Buchanan, im März die Revolution ausgebrochen und der Zar durch seine Verbündeten gestürzt worden, als dieser einem Frieden geneigt gewesen sein soll. Es war zu erwarten, und die Ereignisse haben dem recht gegeben (?), daß die unter solchen Verhältnissen zur Regierung gelangten Parteien einen Frieden nicht schließen, sondern versuchen würden, weiterzukämpfen. Andererseits lag in der Revolution eine solche Schwächung des russischen Heeres, daß die O. H. L. daran denken konnte, durch Angriffe das russische Heer entsprechend zu erschüttern und friedenswillig zu machen. Leider konnte sie hierbei nur auf recht wenige Kräfte rechnen. Je eher und entscheidender aber Rußland zusammenbrach, desto günstiger war es in Rücksicht auf die Verstärkungen, die die Entente durch Amerika erhalten konnte. Die Revolution in Rußland hatte die Möglichkeit geschaffen, nach einem Frieden mit Rußland im Westen di Entente erfolgreich anzugreifen, eine Lage, an die noch kurz vorher nicht zu denken war. Durch die Entsendung Lenins nach Schweden versprach sich der Reichskanzler wohl eine schnellere Entwicklung der russischen Revolution und eine Stärkung der auf Frieden gerichteten Strömungen im russischen Heer und Volk. Für die O. H. L. war die damit eintretende beschleunigte Schwächung der Kampfkraft Rußlands der springende Punkt in ihren Betrachtungen."

In merkwürdigem Gegensatz zu dieser Darstellung, die die rein militärischen Gesichtspunkte bei der ganzen bolschewistenfreundlichen Aktion der Regierung deutlich hervortreten läßt, steht die weitere Behauptung Ludendorffs, daß er bei der Beförderung Lenins und Genossen nach Rußland bloß der „Handlanger der Regierung" gewesen sei. Nach wie vor hält er dieses Vorgehen für richtig, da die Entsendung der Bolschewisten nach Rußland den Angriff im Westen ermöglicht habe, und er fügt mit zynischer Offenheit hinzu: „Unsere Regierung hätte aber auch durchaus militärisch richtig gehandelt, wenn sie Lenin durch Geld unterstützt haben sollte."

Diese Aeußerungen Ludendorffs zeigen den verbrecherischen Wahnwitz des allmächtigen Leiters der deutschen Politik im Kriege in so deutlicher Weise, daß ein Kommentar sich erübrigt. Zu bemerken ist nur, daß um dieselbe Zeit, wo die russische Arbeiterklasse nach der siegreichen Märzrevolution 1917 ihre Parole eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen ausgab und es durchsetzte, daß die Revolutionsregierungen sich diese Parole zu eigen machten, während in Deutschland unter dem Druck der militärischen Mißerfolge und der wirtschaftlichen Not sich selbst im Reichstage eine Mehrheit für die Friedensresolution vom 19. Juli fand, das Augenmerk Ludendorffs lediglich darauf gerichtet war, einen neuen Angriff gegen den Westen vorzubereiten. Nicht der Friede war sein Ziel, sondern die Fortsetzung des Krieges bis zum „siegreichen Ende". Diesem Ziel wurden nicht nur die Mitte 1917 vorhandenen ernsten Friedensmöglichkeiten geopfert, ihm wurde auch die gesamte weitere Politik Deutschlands unterordnet, die im Oktober 1918 den Zusammenbruch heraufbeschwor.

Schwere Unruhen in Italien

In Italien spielen sich gegenwärtig schwere innere Kämpfe ab. Das starke Anwachsen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung hat das nationalistische Bürgertum in helle Aufregung versetzt. Seine Handlanger sind die „Faszisten", die Vereinigung der Frontkämpfer, die besonders nach dem Kongreß von Livorno überall Konflikte mit der Arbeiterschaft heraufbeschwören, die, da beide Teile bewaffnet sind, meist blutig ausgetragen werden.

In Florenz ist es in diesen Tagen zu einer richtigen Straßenschlacht gekommen. Darüber meldet „Est-Europe": Die Unruhen von Florenz dauern weiterhin an. In der letzten Nacht wurden in den Arbeitervierteln neue Barrikaden errichtet, die von den Truppen gestürmt werden mußten. Im Stadtteile Bandina mußten sogar Geschütze aufgefahren werden. Die Nationalisten drangen in die Arbeiterbörse ein und zerstörten alles was sie vorfanden. Bisher sind 18 Tote und an 300 Verletzte festgestellt. 600 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Inzwischen ist nach neueren Meldungen in Florenz die Arbeit zwar wieder aufgenommen worden, doch hält die Gärung in der Umgebung noch an. In die in Betracht kommenden Ortschaften ist Militär entsandt worden. In Scandicci bei Florenz mußte die bewaffnete Macht eingreifen, um die Ordnung wieder herzustellen. Als das Militär nach Florenz zurückkehrte, wurde es von der Volksmenge mit begeisterten Zurufen begrüßt.

Ebenso kam es in Bari und in Triest zu heftigen Kämpfen zwischen Faszisten und Kommunisten. In Triest hatten die Nationalisten das Gewerkschaftshaus niedergebrannt. Darauf haben anscheinend als Vergeltung die Kommunisten die Schiffswerft Saimaro in Brand gesetzt. Der Betrieb der Werft mußte eingestellt werden. 2000 Arbeiter sind brotlos.

In der Provinz Bari ist die Ordnung wieder hergestellt. Die „Tribuna" glaubt, daß die Zwischenfälle in Apulien und Toscana von Kommunisten hervorgerufen wurden, um auf die Entschließungen des allgemeinen Gewerkschaftskongresses Einfluß auszuüben. Zu diesem Zweck hatte die Leitung der Kommunistischen Partei Weisungen ergehen lassen. Die „Tribuna" stellt fest, daß dieses Manöver vollkommen gescheitert ist; denn die gemäßigten Elemente hätten einen großen Sieg auf dem Kongreß davongetragen.

Groß-Berlin

Vom Gesundheitswesen Berlins

Im Verein sozialistischer Aerzte sprach am Montag der neue Stadtmedizinalrat, Geheimrat Rabnow, über die Organisation des Gesundheitswesens der Stadt Berlin. Er schilderte die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, vor allem die bisherige Zersplitterung des Gesundheitswesens; Einrichtungen der Hygiene werden als Anhängsel aller möglichen Zentralstellen verwaltet, die Schulgesundheitspflege von der Schuldeputation, die Säuglingsfürsorge vom Jugendamt usw. Er bewies die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller gesundheitlichen und hygienischen Aufgaben an einer Stelle, bei der Gesundheitsdeputation unter fachmännischer Leitung, im Interesse der Gesundheit der Berliner Bevölkerung.

Geheimrat Rabnow ging die einzelnen Abteilungen seines Aufgabenkreises durch, zeigte, welches seine Pläne seien und wie er sich die Organisation und Leitung nach einheitlichen Gesichtspunkten denke; so fand er z. B. die bisherige Schulgesundheitspflege im alten Berlin recht verbesserungsbedürftig, während er die Säuglingsfürsorge lobte. Den einzelnen Abteilungen und ebenso den einzelnen Stadtbezirken will Geheimrat Rabnow soviel Selbständigkeit als möglich gewähren.

Im allgemeinen wies Rabnow darauf hin, daß es sich im Gesundheitswesen nicht allein um Heilung schon eingetretener Schäden, auch nicht allein um Individualhygiene, sondern vor allem um Vorbeugen gegenüber Massenschädigungen, um soziale Hygiene handelt. Den Ausführungen Rabnows folgten die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste mit sichtlichem Interesse.

Die Diskussion gab Gelegenheit, einzelne Punkte besonders zu klären. Bemerkenswert waren die Ausführungen Prof. Grotjahns, der in der Stellungnahme des Stadtmedizinalrats zu weitgehenden Opportunismus, zu rasche Kompromißbereitschaft sah. Rabnow meinte demgegenüber, er nehme, was er heute bekommen könne; später hoffe er mehr erreichen zu können. Wer von beiden recht hat, dürfte die Zukunft lehren; im ganzen herrschte die Ansicht vor, daß Berlin mit dem neuen Stadtmedizinalrat einen glücklichen Griff getan hat.

Die Nöte der Verwaltungsbezirke

Die Bezirksversammlung des vierten Verwaltungsbezirks (Prenzlauer Tor) hielt am Mittwoch abend in der Hecker-Realschule, Weißenburger Straße, eine Sitzung ab, die in der Hauptsache der Erledigung einer Anzahl zurückgesetzter „Dringlichkeits"-Anträge gewidmet war, unter denen sich diesmal merkwürdigerweise auch ein Antrag Liebelt (D. V.) befand. — Die Versammlung wählte dann mehrere Ausschüsse, einen zur Begutachtung der Anstellung und Pensionierung von besoldeten Gemeindebeamten und einen für Petitionen. Dann wurde die Verteilung der Stadtbezirke an die Bezirksverordneten zwecks Wahl der Ehrenbeamten vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit und bei der Bekanntgabe eines Magistratsschreibens über die augenblicklichen Aufgaben der Bezirksversammlungen kamen Zustände zur Sprache, die sich vermutlicherweise in allen sechs Berliner Verwaltungsbezirken wiederholen dürften. Da die Verteilung der Berliner Bezirke an die Stadtverordneten in der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht vorgenommen wurde, weil die Ernennung der Ehrenbeamten Aufgabe der Bezirke geworden ist, droht in den Berliner Verwaltungsbezirken die ganze ehrenamtliche Betätigung in die Brüche zu gehen. Es ist niemand da, der die Ehrenbeamten vorschlägt, und — wegen der mangelnden Bestätigung der Bezirksämter — niemand, der ihnen rechtliche Funktionen zu geben vermag. Es fehlen so eine ganze Reihe von Schiedsmännern. Es gibt Armen- und Schulkommissionen, die fünf bis sechs Mitglieder zu wenig haben! Wielange unter solchen Umständen die übrigen ihre Tätigkeit noch fortsetzen können und werden, ist eine brennende Frage der allernächsten Zeit. Das sind ganz ungeheuerliche Zustände, die dringend eine sofortige Bestätigung der Bezirksverwaltungen notwendig machen. Wie lange wird diese noch auf sich warten lassen?

Wieder zwei Raubzüge

Mißglückter Schwindel zweier falscher Kriminalbeamter.

Der Beauftragte eines kleinen Berliner Bankgeschäfts hatte in Oberschlesien eine große Geldsumme erhoben, um dieselbe in Berlin abzuliefern. In einer Tasche führte er 3 200 000 polnische Mark, 200 000 österreichische Kronen, 1500 amerikanische und 3000 kanadische Dollarnoten bei sich. Schon während der Fahrt näherte sich ein Gauner dem Bankbeauftragten und versuchte, das Geld zu beschlagnahmen. Der Bankbeamte schöpfte jedoch Verdacht und kam dem Ersuchen des angeblichen Beamten nicht ohne weiteres nach.

Als der Zug auf dem Schlesischen Bahnhof einlief, trat ein zweiter Mann an den Beauftragten des Bankgeschäfts heran und gab sich ebenfalls für einen Kriminalbeamten aus. Beide erklärten den Mann für verhaftet und bestiegen mit ihm eine Droschke, mit der sie zunächst zum Berliner Polizeipräsidium fuhren. Während der eine mit dem „Verhafteten" im Automobil zurückblieb, begab sich der andere in das Dienstgebäude hinein, kam dann aber nach einer Weile zurück mit dem Bemerken, daß das Charlottenburger Polizeipräsidium zuständig sei. Das sichere Auftreten der Gauner hatte in dem Bankbeamten schließlich doch den Glauben erweckt, daß es sich tatsächlich um Beamte handele. Auf der Fahrt nach Charlottenburg kam er dann mit diesen überein, am Kurfürstendamm ein Lokal aufzusuchen, von dem aus er sich mit dem Bankgeschäft in Verbindung setzen wollte. Während er telephonierte, hatte er die Tasche mit dem Gelde, die er bis dahin sorgfältig gehütet hatte, einen Augenblick unbeachtet gelassen. Diesen benutzten die Gauner, um damit wieder das Auto zu besteigen und davonzufahren.

Das Bankgeschäft setzte sich sofort mit der Kriminalpolizei in Verbindung und die Kriminalwachtmeister Bloschke und Malek nahmen sofort die Verfolgung der falschen Beamten auf. Es gelang, das Geld wieder zu erlangen und die Schwindler zu verhaften.

Für eine Viertelmillion Schmucksachen geraubt.

Ein dreister Raubüberfall wurde in der Hildebrandstraße verübt. Die Verbrecher, die außer barem Gelde Schmucksachen im Werte von einer Viertelmillion erbeuteten, hatten es auf die Villa eines früher sehr bekannten Parlamentariers abgesehen. Sie überstiegen zunächst das Gitter des Vorgartens, drückten dann an der Hinterseite des Hauses ein Souterrainfenster ein, stiegen durch dieses in das Haus, schlichen eine Wendeltreppe herauf, um schließlich durch einen Vorraum und ein Badezimmer in das Schlafgemach der Ehefrau des Villenbesitzers zu gelangen. Dort schalteten sie das elektrische Licht an, und von den beiden Räubern nahm der eine am Fuß-, der andere am Kopfende des Bettes der in dem Zimmer allein schlafenden Frau Aufstellung. Als diese durch das Geräusch erwachte, sah sie die beiden fremden Männer dastehen. Beide trugen Halbmasken, der eine, der am Kopfende stand, hatte außerdem in der einen Hand einen Revolver, in der anderen einen Dolch. Er sagte der Ueberraschten, sie möge sich ruhig verhalten, ihr würde dann nichts geschehen. Sie habe es nicht mit gewöhnlichen Räubern zu tun, sondern mit stellungslosen Ingenieuren. Sie möge nur sagen, wo sie ihr Geld und ihre Schmucksachen aufbewahre, dann würde ihr nichts geschehen. Um die Ueberfallene am Hilferufen zu verhindern, knebelten sie sie, banden ihr Hände und Füße mit Stricken und befestigten außerdem noch die Beine mit einem Lederriemen am Bett. Dann nahmen sie zuerst aus einem im Schlafzimmer stehenden Schränkchen 1500 Mark bares Geld und aus einem Tresor, den sie mit den Schlüsseln öffneten, eine große Anzahl wertvoller Schmucksachen, zusamen für mehr als 250 000 Mark.

Mit der Beute suchten sie sodann das Weite und ließen die gefesselte Frau hilflos zurück. Diese bemühte sich ungefähr eine Stunde lang, bis es ihr gelang, sich zu befreien und ihren Ehemann und das Dienstpersonal, die alle im Hause schliefen und von dem Ueberfall nicht das geringste gemerkt hatten, zu benachrichtigen. Auf die Wiederherbeischaffung der Schmucksachen ist eine Belohnung von 25 000 Mark ausgesetzt bzw. 10 Prozent des Wertes der wiederherbeigeschafften Stücke. Zweckdienliche Angaben sind an Kriminalkommissar Werneburg, den Leiter des Raubdezernats der Berliner Kriminalpolizei, Zimmer 80, Hausanruf 601 und 433 zu richten.

Tariferhöhung auch bei der Hochbahn

Der Straßenbahn ist auch die Hoch- und Untergrundbahn mit einer Fahrpreiserhöhung gefolgt. Wie die Direktion mitteilt, hat sie die Erhöhung ihres Tarifes, die infolge der schon vom 1. Januar ab bewilligten sehr erheblichen Lohnerhöhungen notwendig ist, solange hinausgeschoben, bis auch die Straßenbahn die von ihr beabsichtigte Tariferhöhung einführte. Vom Sonnabend, den 5. März, ab, werden auf der Hoch- und Untergrundbahn folgende Fahrpreise erhoben:

	3. Klasse	2. Klasse
bis fünf Stationen	0,85 M.	1,10 M.
für die ganze Strecke . . .	1,00 M.	1,25 M.

Arbeitsgemeinschaft soz. Elternbeiräte des 12. Verwaltungsbezirks. Am Donnerstag, den 3. März, abends ½8 Uhr findet eine wichtige Plenarsitzung im Klassenzimmer, Gymnasium Steglitz, Heesestraße, statt. Sämtliche soz. Elternbeiräte der höheren Lehranstalten sowie die Kandidaten der soz. Listen werden eingeladen, pünktlich zu erscheinen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Ein wenig wärmer, ziemlich heiter jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Unter dem Schutze der Sipo

Ein Eisenbahner-Beamten-Verein schreibt uns:

Zum 27. Februar 1921 war von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christliche Gewerkschaft) eine Versammlung nach dem alten Ostbahnhof einberufen worden. Der erste Referent von der christlichen Gewerkschaft erhob starke unberechtigte Angriffe gegen die Fachgewerkschaft II. Die Vertreter letztgenannter Fachgewerkschaft beantragten deshalb, einen Korreferenten sprechen zu lassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und eine Entgegenung dadurch unmöglich gemacht. Aus diesem Grunde konnten sich die anwesenden Mitglieder der Fachgewerkschaft II nur durch Zwischenrufe der allergröbsten Anschuldigungen erwehren. Nachdem noch mehrere Redner von der christlichen Gewerkschaft vorgemerkt waren, die anderen aber nicht gehört wurden, vermutete wohl der Verhandlungsleiter Störungen und rief nun die Sipo, die sich im Saal postierte. Da unter diesen Umständen keine Gewerkschaftsarbeit geleistet werden konnte, verließen die anwesenden Mitglieder der beiden Verbände den Saal, bald darauf auch die Sipo, welche nun zum Dank für ihr Erscheinen mit Bier und Kognak in den vorderen Restaurationsräumen von dem Verhandlungsleiter, Schlafwagenschaffner Ed. Neumann, bewirtet wurde. Die Sipo ist doch wirklich nicht dazu da, um ängstliche Versammlungsleiter zu assistieren, und sie sollte es ablehnen, sich zu solchen Diensten herzugeben.

Eisenbahner und Kommunisten

Für Donnerstag, den 3. März 1921 hat die V. K. P. D.-Fraktion des D. E. V. eine allgemeine Mitglieder-Versammlung aller im D. E. V. organisierten Eisenbahner einberufen, in der ein Nichtmitglied, der Schlosser Ottomar Geschke, referieren soll. Zur Einberufung berechtigt sind nur die maßgebenden Verbandsorgane. Die Veranstalter dieser Versammlung handeln also, soweit es Mitglieder des D. E. V. sind, satzungswidrig. Bezeichnend für die Art und Weise, wie die V. K. P. D. in dieser Angelegenheit arbeitet, ist, daß die der V. K. P. D. angehörigen Mitglieder der Ortsverwaltung von der Einberufung dieser Versammlung nicht unterrichtet waren und einige von der Versammlungseinladung erst am Dienstag, den 1. März, abends, zum ersten Mal Kenntnis nahmen. Außerdem erklären die betreffenden Kollegen Schiller, Hübner, Linke und Bolle mit der Einberufung der Versammlung nicht einverstanden zu sein. Es scheint also, daß durch Diktat der Reichsgewerkschaftszentrale der V. K. P. D. oder durch dieselbe direkt die Versammlung einberufen worden ist, um so die von ihr so eifrig propagierte Einheit im D. E. V. zu fördern. Ein Kommentar hierzu erscheint demnach überflüssig.

Bezirksobleute

Die Schöneberg-Friedenauer Bezirksobleute sämtlicher Gewerkschaften werden hierdurch aufgefordert, soweit die Beschickung der neugewählten Delegierten noch nicht erfolgt ist, diese unbedingt vorzunehmen. Die Adressen nimmt entgegen der Obmann Karl Henkel, Schöneberg, Feurigstr. 62, 4 Tr.

Nahrungs- und Genußmittelbranche des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Sektion 8. Am Sonntag, den 6. März 1921, vormittags 10 Uhr, findet bei Fenfara, Melchiorstr. 15, eine äußerst wichtige Versammlung sämtlicher Funktionäre (Branchenleitungsmitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte) der Sektion 8, welche Mitglieder der U. S. P. D. sind, statt. Mitgliedsbuch der Partei und der Gewerkschaft legitimiert. Ohne diese kein Zutritt. J. A.: H. Hille.

Aus den Organisationen

Donnerstag, 3. März

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden ersucht, umgehend beim Gen. Witt, Nordhauserstraße, abzurechnen, und zwar auch die Sammellisten.

Sektion Post und Telegraphie. Die Funktionärversammlung findet Freitag, den 11. d. M., statt.

Freitag, 4. März.

8. Bezirk. Bildungskommission. Karten zu den Prof. Felerstunden sind noch bei Wittchow, Heterburger Str. 5, zu holen. Daselbst findet die Abrechnung der Karten durch die Abteilungsführer statt.

10. Bezirk, 4. Abteil. ½8 Uhr Funktionärkonferenz Wörther Str. 15.

12. Bezirk. 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Lychener Str. 8. Jeder Funktionär muß unbedingt erscheinen.

12. Bezirk, 2. Abteilung. Kommunalkommission bei Metzel, Lychener Str. 30. Sitzung.

Pankow. Die Frauenarbeitskommission tagt 7 Uhr bei Jüttner, Kissingenstr. 25.

Lichtenberg, 1. Viertel. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Mohnke, Gärtnerstraße 1.

Lichtenberg, 2. Viertel. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Seipke, Kronprinzenstraße 47. Weltliche Schule, Agitation. Funktionäre des 1. und 3. Viertels sind ebenfalls eingeladen.

Lichtenberg, 4., 5., 6. Viertel. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Heß, Möllendorfstr. 106. Tagesordnung: Agitation für die weltliche Schule. Pünktliches Erscheinen Pflicht!

Reinickendorf-West. Abends 7 Uhr Sitzung der örtlichen Kommissionen.

Vereinskalender

Donnerstag, 3. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Vertrauensleute der Möbeltransport- und Klavierbranche, abends 7 Uhr im Lokal von Fenfara, Melchiorstr. 15, Sitzung.

Freitag, 4. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Hausarbeiter, Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Desinfektion und Bettfedernreinigung! Abends 6 Uhr im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 64, Branchenversammlung.

Zentralverband der Maschinisten. Osram-Kunzen: abends 7 Uhr Mitgliederversammlung Muskerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Holz-, Möbel- Industrie und Handel: abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. — Metall: abends 7 Uhr Sitzung der Delegierten in Henschlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 75. — Maschinen, Werkzeugbau und Metallwarenfabrikation: abends 7 Uhr Mitgliederversammlung Muskerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Soz. Proletarierjugend Neukölln. 7 Uhr Teilnahme an der Versammlung in der Aula der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emser Straße.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kamerzin, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit" Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjähriger Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1883. Gertraudtenstr. 20-21. Gegr. 1883.

Betriebsräte • Gewerkschaften • Arbeiterräte
Arbeiterstiefel
gut durchrepariert, neu besohlt
Schnürschuhe Paar M. 35.—
Schaftstiefel Paar M. 55.—
zu haben
Eislebener Straße 11, Laden 4
Ecke Rankestraße ★ Nähe Bahnhof Zoo

C. Weissert Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen
Jetzt Brunnenstr. 191, I Etage. Nähe Invalidenstr. Pl.
behandelt alle Geschlechtsleiden bei Männern u. Frauen schnell, mögl. ohne Operation u. ohne Berufsstörung durch neue schmerzlose Radikalkur :: Teilzahlung.
Untersuchg. u. Auskunft kostenlos
Sprechstunden 10—12 u. 4—7. Sonntags 10—12.

Fahrräder
gummibereift von 75.— an.
Spezialdecke 48.—, p. Leinenwand
Spezialschlauch 17.—
Continentaldecke 62.—
Gummibereifung für Kinderwagenräder
Karbid, Kilo 4.25
J. Malowsky & Zerbst
Danziger Straße 75.

Zeißfeldstecher
und gute Photoapparate mit Zeissoptik werden ständig
zu kaufen gesucht
Photohaus Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135. (Nähe Bülow 9280).

Leicht beschädigte
Klassiker, Romane, Jugendschriften
Sozialistische Literatur
25% Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8/9

Säle für Versammlungen, 50—300 Personen
Gute Verpflegung :: Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41 :: Norden 3215

Strindberg
Ausgewählte Romane
1. Das rote Zimmer
2. Die Leute auf Hemsö
3. Am offenen Meer
4. Die gotischen Zimmer
5. Schwarze Fahnen
5 Bände 72 Mk. Gebunden
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch in allen Expeditionen

Annahme in allen Expeditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Gardinen können Sie nur in Spezialgeschäft vorteilhaft beziehen. Ersparung der Ladenmiete und großer Umsatz ermöglichen es uns, zu unerhört billigen Preisen erstklassige Qualitätsware zu verkaufen. Ueberzeugen Sie sich durch Besichtigung unseres enorm. Lagers von unserer unübertreffbaren Leistungsfähigkeit. Wir bieten an: Abgepaßte Schalgardinen, Fenster 65, 78, 95, mit Querbehang 75, 90, 105. Elegante Küchengardinen 110, 135 bis 250. Gardinenstoffe Meter 7, 11, 14, doppelbreit 16,50, 19,50 bis 26. Mahagonigarnituren, prachtvolle Muster, 165, 195 bis 225. Reizende Heimtexes, Englischtüll, Erbstüll, Etamine mit Klöppel- und Filet-Einsätzen 85, 105, 140 bis 200. Bettdecken in allen modernen Ausführungen, ganz und halbdaunig 78, 96, 125 bis 225. Tisch- und Diwandecken, Leinen Gobelin, Kelim, sowie Steppdecken in allen modernen Farben bis 50 Proz. billiger. Gardinenbestände in Teppichen, Bettwäsche, Brücken, Bettvorlagen usw. Herzig & Weininger, Hermannstraße 1, zwei Treppen. (Ecke Weinmeister- und Rosenthaler Straße). Ausschneiden, mitbringen, 5% Extra-Rabatt.

Bettwäsche, sehr preiswert, gute Qualitäten Oberbett 58.—, Kissen 15.—, Bettlaken 28.—, Inlets 120.—, Wäschestoffe. Sofort überzeugen. Verkauf genommen Preisen bis 5. März. Bettwäschefabrik Pyrhamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße.

Bettwäsche billig! Gegenwärtig selten günstiger Einkauf wegen Lagerräumung. Angebunde unterm Selbstkostenpreis Deckbettbezug 58.—, Kissen 15.—, Laken 28.—, Inlets 120.—, Wäschestoffe, Handtücher Engrospreise. Fahrtvergütung. Wäschefabrik Grüntzstraße Neukölln (Hasenheide).

Möbel

Chaiselongues 130,— bis 600,—, Metallbetten 250,—, bis 2000,—, weiße Schlafzimmer Meicke, Auguststr. 32a, Hofgb.

Möbel, gebraucht und neu, Sende und Küche, gut erhalten, 1800.—. Reinfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Reizende Schlafzimmer, Kleiderschrank, Trumeau, Sofa-Umbau, Bettstellen, Anrichte, Küche, Schrank u. Vertikow, Ausziehtisch, Nußbaum, Buffet, Schreibtisch verkauft Teilz. Köpenicker Straße 154, IV.

Chaiselongues 200,— bis 575,—, Umbau-Plüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 120,—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 36 (Schönhauser Tor).

Parteigenossen! Möbel liefert billig und gut Möbelkaufhaus Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 143/144 (Inh. langjährig organisiert).

Kaufgesuche

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brillen. Eigene Gewerbung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

Photoapparate, Objektive kauft Haller, Neue Königstr. 19 c

Fahrräder

Damenrad, Herrenräder, kauft Kraus, Gr. Frankfurter Straße 52.

Fahrräder! Riesenauswahl guterhaltener Herrenfahrräder, Damenfahrräder. Sportbiks. Schlame, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Riesenlager sämtlicher Gummimarken, bedeutender Preisabbau. Schlame, Weinmeisterstraße vier.

Karbid 4.50. Jedes Quantum. Wiederverkäufer Rabatt. Schlame Weinmeisterstraße vier.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, jeden Posten, kauft Humboldt 210, Schweigel, Naunerstraße 23.

Ansiedelungen

Wandlitz-Basdorf, Quadratrute 15 und 20, Anzahlung 100 Mark. Außerdem 6½ Morgen Acker, Wiese, Fließ am Bahnhof. Häfner, Berlin, Prinzenallee 12. Fernsprecher

Arbeitsmarkt

Betonfacharbeiter stellt ein Betonbaugesellschaft A. F. A. G., Berlin, Lessingstraße Nr. 5-6, Marbachstr. 36.

Verschiedenes

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Zietz, „Willst du arm und unterdrückt bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 8-9.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Drucksachen. Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 8-9.

Inserate
für die Abend-Ausgabe müssen spätestens bis 9½ Uhr morgens, für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, eingereicht sein.